

Das Buch

Die Partei »Alternative für Deutschland« ging aus einer 2012 in Hessen gegründeten Bürgerinitiative hervor und konstituierte sich ein halbes Jahr später als Partei. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte sie bereits 4,7 Prozent, scheiterte aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei den Wahlen zum Europa-Parlament 2014 gewann sie hingegen sieben Mandate. Bei den folgenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Hamburg war die AfD ebenfalls erfolgreich.

Was ist das für eine Organisation, die gleichsam kometenhaft aufstieg? Diese Frage beschäftigt manchen.

Im Unterschied zur üblichen Forschung, die eine Partei wie einen biologischen Organismus mit einer soziologischen Perspektive untersucht und den Befund wie eine Krankengeschichte darstellt, leitet Crome Herkunft und Wirkung der AfD aus dem Zustand des bürgerlichen Deutschlands ab.

Der Autor

Erhard Crome, Jahrgang 1951, Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, 1987 Habilitation. Seit 2002 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Politikwissenschaftler publizierte in Verlagen der Eulenspiegel-Verlagsgruppe »Der libysche Krieg des Westens« (2011), »Die Linke und der Stalinismus« (2012), »Ungarns ›Wende‹: ein Laborversuch« (2013) und »Piratenpartei. Eine Alternative?« (2013).

Erhard Crome

AfD
Eine Alternative?



Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung
weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert,
vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-02086-4

© 2015 spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin
Umschlaggestaltung: Verlag, unter Verwendung eines Fotos
von Robert Allertz

Die Bücher von spotless und des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

Parteiensysteme in Bewegung

In Zeiten der Krise bleiben Krisen im Parteiensystem nicht aus. Zu den alten Marx'schen Grunderkenntnissen, die heute oft auch unter sich als *links* bezeichnenden Personen verloren gegangen sind, gehört: »Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.«¹ Insofern sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die in den verschiedenen europäischen Ländern seit dem Ende des Kalten Krieges vonstatten gegangen sind, mit unterschiedlichen politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Veränderungen verbunden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 hat diese Entwicklungen weiter beschleunigt und zugespitzt.

Nicht nur in den osteuropäischen Ländern der »Transformation« vom Realsozialismus zum Kapitalismus haben sich die Parteiensysteme zum Teil mehrmals umgewälzt, sind zerfallen und wurden wieder neu zusammengesetzt. In dem Maße, wie die Parteien der sogenannten Mitte den Kurs des Neoliberalismus umgesetzt haben, dabei alles mögliche versprochen, aber – zumindest für die arbeitenden Menschen und die Mittelschichten – kaum Positives realisierten (außer dass die Reichen immer reicher wurden), haben diese Parteien auch in den meisten anderen Ländern Europas an Einfluss und Wählerzuspruch verloren. Davon profitierten in einigen Ländern rechte Parteien, wie viele Jahre in Italien Berlusconi und

in Ungarn, wo die Rechtsnationalisten unter Viktor Orbán seit 2010 das Land regieren², sowie Österreich, nun auch in Frankreich und Großbritannien. In anderen Ländern rückten linke Parteien in den Vordergrund, so Syriza in Griechenland, die nun auch die Regierungsverantwortung übernehmen konnte, Podemos in Spanien und Die Linke in Deutschland.

In Deutschland, das nach der Krise in eine hegemoniale Position innerhalb der Europäischen Union eingerückt ist³, blieben die Gewichtsverhältnisse im Parteiensystem bisher im Kern stabil. Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 erhielten CDU und CSU 41,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, die SPD 25,7 Prozent; anderthalb Jahre später lagen in den Umfragen die Christdemokraten weiter bei 41 Prozent, die SPD bei 25 Prozent (*ZDF*, 30. Januar 2015).

Allerdings haben auch hierzulande Veränderungen stattgefunden. Mit der Bundestagswahl von 2013 ist die FDP, die seit der Gründung der BRD stets im Bundestag vertreten war, unter die Fünf-Prozent-Hürde gerutscht und aus dem Parlament ausgeschieden; sie ist nach wie vor deutlich von einem Wiedereinzug entfernt und liegt derzeit bei drei Prozent (*ZDF*, 30. Januar 2015).

Die zwischenzeitlich auflodernde Euphorie für eine Piratenpartei auch in Deutschland ist erloschen.⁴ Ihr Changieren zwischen rechts und links, die programmatische Unbestimmtheit und ihr organisatorisches Wirrwarr haben sie rasch wieder in der Versenkung verschwinden lassen.

Die Linkspartei dagegen hat sich weiter stabilisiert und lag bei der Bundestagswahl von 2013 vor den Grünen. Damit hat sich »links von der Mitte«, speziell links von der SPD, auch in Deutschland eine linke Partei dauerhaft etabliert, von der Linken als »europäische Normalität« betrachtet. Die Frage nur ist, ob auch »rechts von der Mitte« ein analoger Prozess eröffnet wird.

Die schärfsten Kritiker der Etablierung der Linken kamen vom rechten Flügel der Christdemokratie, die sich nicht entblödeten, mit den abgestandesten antikommunistischen Klischees zu hantieren, obwohl doch die Existenz der Linken eher ein Problem für das »linke Lager« im weitesten Sinne, das heißt für die SPD, ist.

Umgekehrt kommen nun die schärfsten Kritiken der Etablierung der »Alternative für Deutschland« (AfD), die sich anschickt, rechts von der Christdemokratie als Partei zu agieren, von links und Teilen der Gewerkschaften, obwohl es sich in erster Linie um einen Umschichtungsprozess innerhalb des bürgerlichen Lagers handelt und damit ein Problem für die Christdemokratie ist. »Rechts oder sehr rechts«, titelte die *Zeitung Neues Deutschland* aus Anlass des AfD-Parteitages und sagt damit in der Sache nichts (31. Januar/1. Februar 2015).

Die analytische Herausforderung aber besteht darin, ob rechtsextreme Parteien, rechtspopulistische Parteien und national-konservative Parteien im Grunde alle ein und dasselbe sind, wobei die einen sich nur geschickter tarnen als die anderen, oder ob typologische Unterschiede geltend zu machen sind, die am Ende politische Konsequenzen haben.

Ein Versuchsballon

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte. Ende 2011 hatte der *Stern* wieder Karl-Theodor zu Guttenberg auf dem Titelblatt (Nr. 49 vom 1. Dezember 2011). Drinnen der Verweis, dass dies bereits der dritte Titel mit dem Konterfei dieses Mannes sei, von dem es einst geheißen habe, er sei der kommende Stern am deutschen Politik-Himmel – Angela Merkel und all die anderen: Das seien alles graue Mäuse neben diesem Ausnahme-Politiker. Ob sich auch dieses Heft besser verkaufte als die Durchschnittsausgabe, konnte nicht ermittelt werden.

Als *Ausnahme* erwies sich dann seine abgeschriebene Doktorarbeit, über die Guttenberg im Jahre 2011 schließlich stolperte und fiel. Der Mann, Jahrgang 1971, gehörte seit 2002 dem Deutschen Bundestag an, war 2008/09 CSU-Generalsekretär, seit Februar 2009 Bundeswirtschaftsminister und ab Oktober 2009 Bundesverteidigungsminister (wir nehmen hier die offizielle Bezeichnung für die Sache selber). Er bestritt das Plagiat, den bewussten Betrug. Vielleicht hatte er ja Recht und die Ausarbeitung war in Auftrag gegeben worden; sicherlich nicht bei einer Doktorarbeits-Schreib-Agentur, wo sogenannte »Ghost-writer« im Stillen werkeln und sich dafür gut bezahlen lassen. Die haben ein Berufsethos und liefern für gutes Geld gute Arbeit, das heißt hieb- und stichfeste Texte, die an der Universität verteidigungsfähig sind. Wahrscheinlich wollte zu Guttenberg dieses Geld gerade nicht aufwenden: man wird ja am Ende nicht reich, wenn man das Geld mit vollen Händen ausgibt; und daran haben die zu Guttenbergs schließlich 800 Jahre gearbeitet. Und so hatte er sein Büro, Mitarbeiter des Bundestages oder wen auch immer beauftragt, und irgendwer hat die einkommenden Texte

dann irgendwie kompiliert. Guttenberg sprach in seinen Äußerungen zur Sache von dieser Arbeit stets in der unpersönlichen Form, sagte nicht »meine Arbeit«, sondern »die Arbeit«. Das wird wohl seinen Grund gehabt haben.

Zwischenzeitlich hatten seine Anwälte gegen Zahlung eines Bußbetrages von 20.000 Euro eine Einstellung des Plagiatsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft erhandelt, so dass der Freiherr nun vorstrafenfrei und wieder verwendungsfähig war. Das nutzte er flugs, um ein Buch über seine Irrungen und Wirrungen in die Welt zu setzen, das zwar bußfertig daherkam, in dem er tatsächlich aber keine Gelegenheit ausließ, alle anderen Politiker als blass, intrigant und unfähig zu charakterisieren. Die Botschaft war klar: Der deutsche Politikhimmel ermangelte seines hellsten Sterns – und der heißt Karl-Theodor zu Guttenberg.

Auch dieses Buch hatte er nicht selbst geschrieben. Der Freiherr ließ schreiben, sprich: der Chefredakteur der Hamburger *Zeit*, Giovanni di Lorenzo, begab sich mit zu Guttenberg für ein paar Tage in die Abgeschiedenheit eines feinen Hotelzimmers, um schließlich mit stundenlangen Interviewäußerungen nach Hamburg zurück zu kommen, aus denen sich ein Buch für den weihnachtlichen Gabentisch verfertigen ließ.

Die Zeit publizierte in ihrer Nummer 48 einen mehrseitigen Vorabdruck. Diesen wiederum bezeichnete di Lorenzo im Nachgang, zur Verteidigung seines Tuns, als sein wichtigstes Motiv, weshalb er sich auf diese Schreiberlei für zu Guttenberg eingelassen hätte. Ein Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* namens Jürgen Kaube hatte dies moniert: Nicht, dass in dem Interview über zu Guttenbergs Rückkehrabsichten in die große Politik geredet wurde, sondern dass der Vorabdruck in der *Zeit* »eine Art Vorab-Reklame für diesen Gesprächsband« sei. Futterneid oder ein tatsächlicher Einwand?

Der *Stern* hatte in seinem bereits zitierten Heft gemeint, Guttenbergs Comeback sei gescheitert, bevor es richtig

begonnen hätte. Die Journalistin Ulrike Posche klaubte unter der Überschrift: »Mission missglückt« alle pejorativen Sätze zusammen, die ihr irgendwann untergekommen waren, um Gutenbergs Bestreben zu verunmöglichen. Der TV-bekanntere Zwischenrufer Hans-Ulrich Jörges attestierte ihm andernorts, mit dem Buch habe er seine Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg »zerstört«.

Die *FAZ* (27. November 2011) dagegen meinte, Gutenbergs Rückkehr sei »perfekt inszeniert«, während die konservative *Die Welt* (27. November 2011) darauf hinwies, dass zwei »renommierte Jura-Professoren«, nämlich Ingolf Pernice aus Berlin und Bodo Pieroth von der Universität Münster, bereits seit längerem von den Plagiatsvorwürfen wussten, aber nichts taten – und damit zu vertuschen beitrugen – und es am Ende dem »linken« Jura-Professor Andreas Fischer-Lescano überlassen blieb, den Stein der Enthüllung ins Rollen zu bringen. Seither erhielt dieser Hass-Mails.

Wer sich je mit den Logiken des Vorurteils befasst hat, weiß, dass die Aufforderung: »Wir denken jetzt nicht an Hass auf Muslime!« zur Folge hat, genau diesen Hass zu denken. So waren sie alle, die Anbeter, Lobpreiser und Verdammer, die Guttenberg-Versteher und die tatsächlichen oder vorgeblichen Guttenberg-Verurteiler Teil einer gleichzeitigen Kampagne zu seiner Wiederkehr. Die Titelblätter – mit verurteilendem Titel oder verstehendem – bei *Zeit*, *Bild*, *Stern* usw. trugen alle dazu bei, dass er wieder präsent war. Und die Mode-Erklärerinnen und -Erklärer wiesen darauf hin, dass sein Haar nun nicht mehr gegelt ist, er keine Brille mehr trug. Plagiat hin oder her: er wirke reifer, weniger eitel, aber sei nach wie vor der am besten gekleidete Politiker Deutschlands. Es sollte Zeit geworden sein zu neuen Taten für Karl-Theodor zu Guttenberg, eine neue Rolle – dies war die eigentliche Botschaft, was immer die beigefügten Worte waren.

Aber welche? Hinterbänkler in der CSU wohl kaum.

In der selben *Stern*-Nummer fand sich ein kurzes Interview mit dem früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel (Jahrgang 1940). Der erzählte, er arbeite an einer neuen Partei »der Mitte«; unter Angela Merkel sei die CDU »weit nach links« gerückt (von Henkel aus gesehen), und deshalb bedürfe es einer neuen bürgerlichen Partei.

Dazu wurde dann auch bei Anne Will in der *ARD* diskutiert (30. November 2011). Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz meinte dort ebenfalls, es brauche eine neue Partei, die eine »neue konservative Partei« sein solle.

Mitte ist etwas anderes.

Der bereits zitierte Jörges präziserte, dass dies eine »konservative, rechtspopulistische Partei« sein würde. Dass Merz und Sarrazin als Volksredner nicht so recht taugen, weiß eigentlich jeder, der eine neue Partei stricken will. In der Runde bei Anne Will meinte der Journalist und Politikberater Michael Spreng, auf der »Linken« gäbe es inzwischen vier Parteien – hierzu zählte er neben SPD, Grünen und DIE LINKE auch die Piraten. Wenn die FDP verschwindet, brauche es eine »zweite bürgerliche Partei«, weil die CDU auf Dauer nicht allein regieren könne. Bis zur nächsten Bundestagswahl seien es ja noch fast zwei Jahre Zeit; Zeit genug, um die entsprechenden Strukturen zu schaffen und die Wählerschaft auf diese neue Bürgerlichkeit à la Henkel und Sarrazin vorzubereiten. Das Verschwinden der FDP galt in diesen Kreisen bereits 2011 als gesetzt.

Von hier aus bekam das Guttenberg-Kalkül seinen politischen Sinn. Es zielte auf die Schaffung einer konservativen Partei mit populistischem Drall nun auch in Deutschland.

Am Ende wurde es aber doch lieber *ohne* den belasteten Freiherrn gemacht.

Die Gründung

Die Alternative für Deutschland wurde am 15. September 2012 im hessischen Bad Nauheim gegründet, als Bürgerinitiative Wahlalternative 2013. Die Bildung erfolgte im Grunde aus der CDU heraus. Zu den Gründern gehörten der frühere Staatssekretär Alexander Gauland (Jahrgang 1941), der Hochschullehrer Bernd Lucke (Jahrgang 1962), das Mitglied des Bundesvorstandes der CDU-Mittelstandsvereinigung Gerd Robanus (Jahrgang 1952) und der Journalist Konrad Adam (Jahrgang 1942), der früher im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und als Kolumnist der *Welt* gearbeitet hatte. Die Wahlalternative verstand sich zunächst nicht als Partei und wollte zur kommenden Bundestagswahl die Freien Wähler unterstützen. Lucke sagte, er sei aus Enttäuschung über die Euro-Politik nach 33 Jahren aus der CDU ausgetreten. Gauland, über 40 Jahre CDU-Mitglied, kritisierte, dass der CDU das konservative Profil verlorengegangen sei. Robanus, 1989-1999 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Maintal, sagte, er könne den Kurs der CDU-Spitze nicht mehr mittragen. Zu dieser Zeit wurde angegeben, die Initiative hätte über 3.000 Unterstützer (*Spiegel Online*, 4. Oktober 2012).

Bald darauf beschlossen die Gründer, die AfD als Partei zu konstituieren. Unter einem vergleichenden politikwissenschaftlichen Gesichtswinkel ist interessant, dass diese AfD-Gründung analog dem Vorgehen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) realisiert wurde – selbst das Wort »Alternative« wurde übernommen. Die WASG-Gründung erfolgte aus der SPD heraus durch frühere Mitglieder des linken bzw. Gewerkschafts-Parteilügels, die vor allem mit der Sozialkür-